STADT NEUSS

BESCHLUSS-NIEDERSCHRIFT

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	SITZUNGSDATUM
Öffentlich	18/16 Finanzausschuss	05.12.2018

TO-PUNKT UND GEGENSTAND DER BERATUNGEN

TAGESORDNUNG

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 3 Schulentwicklungsplanung weiterführende Schulen ab dem Schuljahr 2019/2020 hier: Mögliche bauliche Maßnahmen

TOP 4 Wirtschaftsplan 2019 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)

TOP 5 Förderung des Brauchtums

TOP 6 Stiftung Insel Hombroich, hier: Sanierung des 12-Räume Hauses und des Labyrinths

TOP 7 Betreuungen durch Betreuungsvereine

TOP 8 Einführung eines "Neuss-Passes"

TOP 9 Stärkung der Kindertagespflege für Tagespflegepersonen und Eltern

TOP 10 Absenkung der Elternbeiträge im Bereich Kindertagesbetreuung

TOP 11 Parken in Neuss - Konzepte für die Attraktivitätssteigerung der Parkhäuser und zur Überwachung des ruhenden Verkehres

TOP 12 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2019

TOP 13 Beratung der mittelfristigen Ergebnisplanung 2018 - 2022

TOP 14 Beratung des Investitionsprogramms (investive Finanzplanung) 2018 - 2022

TOP 15 Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2019

TOP 16 Erlass einer Haushaltssatzung für die Stadt Neuss

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 16.1 Stundenkontingente der Schulsekretariate

TOP 17 Neu- und Erweiterungsbau Karl-Kreiner-Schule
hier: Planung und Kostenschätzung

Anträge

TOP 18 Antrag der FDP-Fraktion von 31.07.2018
betr.: Steuerrückzahlungsversprechen halten - politische Glaubwürdigkeit pflegen

TOP 19 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2018
betr.: Digitale Stadt Neuss - Aufbau einer Digitalisierungsstrategie in der Stadtverwaltung

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 20 Bericht zur aktuellen Haushaltslage

TOP 21 Überarbeitung der Abfallentsorgungssatzung und -gebührenordnung

TOP 22 Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen

TOP 23 Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 06.11.2018 betr.:
Festbau als Ersatz für Containeranlage sowie auf bauliche Erweiterung der Pestalozzischule Neuss-Grimlinghausen

TOP 24 Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 6.11.2018 betr.:
Überprüfung der Bausubstanz und des Erweiterungsbedarf aller Neusser Grundschulen

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	Sitzungsdatum
öffentlich	Sitzung 18/16, Finanzausschuss	Sitzungsdatum 05.12.2018

NIEDERSCHRIFT

Sitzungsdauer	Beginn - Ende
Öffentliche Sitzung	14:04 Uhr – 16:53 Uhr
Nicht öffentliche Sitzung	16:54 Uhr - 16:54 Uhr
Sitzungsort	Ratssaal - Rathaus
Vorsitz Dr. Jörg Geerlings	

Anwesend:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Frau Stadtverordnete Arndt
Herr Stadtverordneter Klinkicht
Herr Stadtverordneter Zander

FDP
Herr Stadtverordneter Bodewig
Herr Stadtverordneter Janßen

DIE LINKE
Herr Stadtverordneter Cziesla

Ratsfraktion UWG Neuss/Davarci
Herr Stadtverordneter Davarci

CDU
Herr 3. Stellv. Bürgermeister Dr. Geerlings
Herr Stadtverordneter Goerdt
Frau Stadtverordnete Heyers
Frau Stadtverordnete Holt
Herr Stadtverordneter Kaumanns
Frau Stadtverordnete Koenemann
Frau Stadtverordnete Mertens-Marl
Herr Stadtverordneter Nickel
Frau Stadtverordnete Schäfer
Frau Stadtverordnete Wellens

Piratenpartei / fraktionslos
Herr Stadtverordneter Hoff

SPD
Frau 2. Stellv. Bürgermeisterin Hohlmann
Herr Stadtverordneter Jansen
Herr Stadtverordneter Kehonjic-Thiede
Frau Stadtverordnete Stroeks
Herr Stadtverordneter Thiel
Herr Stadtverordneter Vanderfuhr

AfD-Ratsfraktion Neuss
Herr Stadtverordneter Kranefuss

Schriftführung
Frau Reipen, Herr Lante

Verwaltung
BM: Herr Bürgermeister Breuer; 2: Herr Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Gensler; 3: Herr Beigeordneter Lachmann; 5: Herr Beigeordneter Hörsken; 6: Herr Beigeordneter Hölters; 7: Herr Beigeordneter Dr. Welpmann; 1B: Frau Paschek, Herren Welter und Fischer; 11: Herr Beier und Frau Lauterbach; 14: Herr Raschke und Frau Stiller; 95: Frau Lauche; 20: Herren Zeiger, Hübner und Lessmann; 25: Herr Richers; 30: Herr Küppers und Frau Stahlmann; 32: Herr Neumann und Frau Schäpers; 37: Herr Stiller; 40: Herren Habermann und Friedrich; 41: Herren Müller und Schädlich; 500: Frau Karst; 50: Herr Theven; 51: Herr Hübner und Frau Kaup; 53: Herr Murmann, Frau Leißing; 60: Herr Haasler; 61: Herr Unbehaun und Frau Gondorf; 65: Herren Reimann und Vogt, Frau Hoffmann; 19: Frau Mölleken und Frau Holstein; 52: Herren Talke und Noeppel;

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Beschluss
Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss
Tagesordnungspunkt 4 der nicht öffentlichen Tagesordnung „Stundenkontingente der Schulsekretariate“ wird insoweit als Tagesordnungspunkt 16.1 in öffentlicher Sitzung beraten, als es sich nicht um personen- oder einzelschulbezogene Daten aus der Vorlage handelt.
Tagesordnungspunkt 11 wird von der Tagesordnung abgesetzt, da er zunächst noch einmal im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung beraten werden soll.
Der Bericht zur aktuellen Haushaltslage (Tagesordnungspunkt 20) erfolgt vor der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2019 (Tagesordnungspunkt 12).

Folgende Tagesordnungspunkte werden gemeinsam beraten:
TOP 4 Wirtschaftsplan 2019 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)
zusammen mit
TOP 17 Neu- und Erweiterungsbau Karl-Kreiner-Schule - hier: Planung und Kostenschätzung und
TOP 23 Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 06.11.2018 betr.:
Festbau als Ersatz für Containeranlage sowie auf bauliche Erweiterung der Pestalozzischule Neuss-Grimlinghausen

TOP 15 Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2019
zusammen mit
TOP 18 Antrag der FDP-Fraktion von 31.07.2018 betr.:
Steuerrückzahlungsversprechen halten - politische Glaubwürdigkeit pflegen

Ansonsten wird die Tagesordnung genehmigt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Der Vorschlag zur öffentlichen Beratung des nicht öffentlichen Tagesordnungspunktes 4 wurde von Herrn Cziesla gemacht.
Die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4, 17 und 23 erfolgt auf Vorschlag von Herrn Jansen.
Die Tagesordnungspunkte 15 und 18 werden auf Vorschlag von Herrn Janßen zusammen beraten.
Herr Dr. Geerlings informiert den Ausschuss darüber, dass die Sitzung auf Tonträger aufgezeichnet wird.

TOP 3 Schulentwicklungsplanung weiterführende Schulen ab dem Schuljahr 2019/2020
hier: Mögliche bauliche Maßnahmen
FA 39-2018

Beschluss
Die Betriebsleitung des Gebäudemanagements wird beauftragt, zu den Beschlüssen des Rates zur Schulentwicklungsplanung die erforderlichen Änderungen im Wirtschaftsplan 2019 vorzunehmen und zur Sitzung des Betriebsausschusses am 20.03.2019 zu berichten, welche weiteren Maßnahmen vorzusehen sind bzw. wann einzuplanen sind.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 4 Wirtschaftsplan 2019 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)
FA 30-2018

Beschluss
Der Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements der Stadt Neuss für das Jahr 2019 und die Finanzplanung 2020 bis 2022 werden unter Berücksichtigung der Änderungen aus den Fachausschüssen und den in der Finanzausschusssitzung beschlossenen Änderungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 4, 17 und 23 werden gemeinsam beraten.

Der nachfolgende Prüfauftrag von Herrn Jansen wird zur Kenntnis genommen und in die Sitzung des Finanzausschusses am 19.03.2019 vertagt:

1. Das Gebäudemanagement Neuss (GMN) wird beauftragt, anhand der vorhandenen Daten aus dem Gebäudemonitoring EPIQR und anderer Quellen ein Sporthallenerhaltungsprogramm „Gute Sporthalle" inklusive Zeit- und Maßnahmenplan zu entwickeln und darzulegen, welche

Investitionsmaßnahmen zum Erhalt und zur Modernisierung der vorhandenen Sporthallen in den nächsten Jahren erforderlich sein werden.

2. In diesem Zusammenhang könnten auch - analog der Handlungsempfehlung des ikps-Gutachtens - Möglichkeiten der Ergänzung und Erweiterung der Hallenkapazitäten durch sogenannte „Rucksacklösungen" geprüft werden.

3. Diese Aufstellung ist dem Finanzausschuss am 19. März 2019 (Finanzausschuss als Betriebsausschuss GMN) vorzulegen, damit dieser die Maßnahmen in ein Gesamtraster sowie in die Wirtschaftspläne des GMN 2020ff. einpflegen kann.

Diskussion:
Herr Jansen verweist auf den Antrag der SPD–Fraktion, der sich mit dem Thema „Gute Sporthalle“ beschäftigt. Dieser Antrag ist aus der Beratung im Sportausschuss zur Sporthallensituation entstanden. Die SPD–Fraktion ist der Auffassung, dass es sinnvoll ist, dafür zu sorgen, dass zunächst die vorhandene Infrastruktur in einem guten Zustand ist, bevor neue Projekte geschaffen werden. Ziel des Antrages ist die Entwicklung eines geeigneten Zeit- und Maßnahmenplanes, über den in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses im März beraten werden soll. Dieses Sporthallensanierungsprogramm soll in die Gesamtmaßnahmenliste des GMN eingebunden werden, da das GMN jährlich nur eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen abarbeiten kann.
Herr Klinkicht bittet darum, dass das Gebäudemanagement in diesem Zusammenhang dann auch erläutert, ob und wenn ja welche anderen geplanten Maßnahmen hierdurch zurückgestellt werden müssten, damit die Politik darüber entscheiden kann, ob dies gewünscht ist.
Frau Schäfer schließt sich den Äußerungen von Herrn Klinkicht an und macht darauf aufmerksam, dass die Diskussion über den Zustand der Sporthallen im Schulausschuss zu führen ist, weil in erster Linie Schulturnhallen betroffen sind.

TOP 5 Förderung des Brauchtums
KUL 95-2018 - 2

Beschluss
1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Neusser Bürger-Schützen-Verein e.V. auf Basis des beigefügten Entwurfes eine Vereinbarung zur Durchführung des Neusser Bürgerschützenfestes *zu verhandeln, die dem Rat vor Unterzeichnung zur Zustimmung vorzulegen ist.*

   Der Neusser Bürger-Schützen-Verein soll auf Grundlage eines Mietverhältnisses, neben dem Theater am Schlachthof, den wesentlichen Teil der Halle an der Blücherstraße zum Fackelbau alleine nutzen können, wenn, wie unter 2. dargestellt, eine andere Halle zur Nutzung durch den Karnevalsausschuss zur Verfügung steht.

   Die entsprechenden Mittel sind wie unter finanzielle Auswirkungen dargestellt im Haushalt bereitzustellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Nutzung zum Bau von Karnevalswagen durch den Karnevalsausschuss der Stadt Neuss e.V. und seiner angeschlossenen Vereine die langfristige Anmietung einer geeigneten Halle vorzunehmen und die dazu erforderlichen Verträge abzu-

schließen. Die entsprechenden Mittel sind wie unter finanzielle Auswirkungen dargestellt im Haushalt bereitzustellen.

3. Der Zuschuss für die Stadtteilschützenfeste wird von bisher 72.050 € auf 95.000 € p.a. erhöht. Der Zuschuss wird nach Mitgliederzahlen unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von 1.000 € je Verein verteilt. Die entsprechenden Mittel sind wie unter finanzielle Auswirkungen dargestellt im Haushalt bereitzustellen.

Erläuterung zum Vorgehen:

Die Förderung des Karnevals ist haushaltsmäßig dem Kulturamt zugeordnet, die Förderung des Schützenwesens dem Bürgermeisteramt.

Die Zuständigkeit des Kulturausschusses ist für die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung gegeben, im Übrigen liegt die Zuständigkeit beim auch koordinierenden Hauptausschuss.

Die weitere Beratung erfolgt dann wegen der finanziellen Auswirkungen im Finanzausschuss und schließlich im Rat.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 6 Stiftung Insel Hombroich, hier: Sanierung des 12-Räume Hauses und des Labyrinths
KUL 89-2018

Beschluss

1. Die Stiftung Insel Hombroich erhält für die Sanierung des Labyrinths und des 12-Räume Hauses einschließlich der Herstellung von barrierefreien Zugängen einen Festbetragszuschuss von 900.000, €.
2. Die Bewilligung erfolgt unter den Auflagen, dass
   - der Rhein-Kreis-Neuss einen gleichlautenden Beschluss fasst und Haushaltsmittel in gleicher Höhe für das Sanierungsvorhaben zur Verfügung stellt,
   - die Fördermittel von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Höhe von 6,5 Mio. € gewährt werden,
   - die Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von max. 6,5 Mio. € gewährt werden,
   - die Gesamtfinanzierung der Baumaßnahmen mit einem geschätzten ,Volumen von 15,45 Mio. € netto gesichert werden kann und
   - von der Stiftung Insel Hombroich die Förderbedingungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes und der Landeshaushaltsordnung eingehalten werden.
3. Für die Auszahlung des Zuschusses sind im Haushalt für 2019 900.000 € zu etatisieren

Die Stiftung Insel Hombroich wird beauftragt, der Verwaltung einen Businessplan für die nächsten fünf Jahre mit einer Planbilanz, einer Liquiditätsrechnung und einem Lagebericht der Stiftung Insel Hombroich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 7 Betreuungen durch Betreuungsvereine
SOZ 40-2018

Beschluss
Aufgrund der Schließung des Betreuungsvereins des Sozialdienstes katholischer Frauen spätestens zum 31.07.2019, müssen die bisher dort durchgeführten Betreuungen neu organisiert werden.

Es werden folgende Änderungen der im Jahr 2005 beschlossenen Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrtspflege; Besonderer Teil –Betreuung von Erwachsenen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) beschlossen:

1. Der Sozialdienst katholischer Männer übernimmt vom Sozialdienst katholischer Frauen 20 Betreuungen und wird ab dem 01.01.2019 mit 2,25 Personalstellen für die Führung von 90 Neusser Betreuungen bezuschusst.

2. Das Diakonische Werk wird unverändert mit 0,5 Personalstellen für die Führung von 20 Neusser Betreuungen bezuschusst.

3. Die jährliche Erhöhung des Personalkostenzuschusses beträgt 2% ab dem 01.01.2019.

4. Für die Personalkostenzuschüsse an die Verbände (Produkt 050.343.100.000 Betreuungsstelle; Sachkonto 53180010 werden folgende Beträge etatisiert:

2019	64.427,- EUR
2020	65.716,- EUR
2021	67.030,- EUR
2022	68.371,- EUR

5. Für die verbliebenen 40 Betreuungen des SkF wird bei der Betreuungsstelle der Stadt Neuss ab 01.01.2019 eine Vollzeitstelle eingerichtet.

Abstimmungsergebnis
1 Enthaltung (UWG Neuss / Davarci)

TOP 8 Einführung eines "Neuss-Passes"
HA 79-2018 - 1

Beschluss
1. Für die Einführung des „Neuss-Pass“ werden zunächst 40.000 € in den Haushalt 2019 eingestellt. Diese werden mit einem Sperrvermerk versehen und erst freigegeben, wenn das von der Verwaltung vorzulegende Konzept im Rat verabschiedet wurde.

2. Der Rat beschließt, grundsätzlich den „Neuss-Pass“ einführen zu wollen.
   Die endgültige Entscheidung des Rates der Stadt Neuss soll nach Vorlage und Beratung eines Konzeptes im Sozialausschuss - einschließlich der Darstellung der sachlichen, personellen und räumlichen Kosten - erfolgen.

Abstimmungsergebnis
Zu Nr. 1: 6 Nein (6 SPD), 3 Enthaltungen (2 FDP, 1 UWG Neuss/Davarci)
Zu Nr. 2: 1 Enthaltung (1 UWG Neuss/Davarci)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Beschlussempfehlung wird auf Antrag von Herrn Klinkicht um die Nummer 1 ergänzt.
Die getrennte Abstimmung erfolgt auf Vorschlag von Herrn Jansen.

Diskussion
Herr Jansen spricht sich dafür aus, zunächst nur den politischen Willen zu bekunden, die Einführung eines „Neuss-Passes“ zu prüfen. Bevor der endgültige Beschluss über die Einführung mit entsprechender Etatisierung im Haushaltsplan gefasst wird, sollte die Verwaltung über Folgekosten und Einnahmeausfälle bei den Beteiligungen und über notwendige Personalstellen berichten.
Herr Breuer führt aus, dass bereits darauf hingewiesen wurde, dass 40.000 € für die Einführung des „Neuss-Passes“ nicht ausreichen werden. Aus diesem Grund sollte eine Etatisierung in dieser Höhe im Haushaltsplan nicht erfolgen.
Frau Holt erinnert an die Diskussion im Hauptausschuss und spricht sich dafür aus, einen Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk für die Einführung des „Neuss-Passes“ zu etatisieren, damit das Thema auf den Weg gebracht werden kann.
Herr Janßen weist darauf hin, dass der Empfängerkreis eines „Neuss-Passes“ noch näher definiert werden muss.
Frau Koenemann befürwortet ebenfalls die Etatisierung eines Haushaltsansatzes in Höhe von 40.000 €. Im Laufe des Jahres könnte dann die Konzeption für die Einführung des „Neuss-Passes“ erarbeitet werden.
Nach Ansicht von Herrn Cziesla schadet die Etatisierung in Höhe von 40.000 € mit einem entsprechenden Sperrvermerk nicht.
Herr Jansen hingegen ist der Auffassung, dass zunächst ein Konzept vorliegen sollte, aus dem die Kosten des „Neuss-Passes“ und die Gruppe der Anspruchsberechtigten ersichtlich sind, bevor Mittel in den Haushalt eingestellt werden.
Herr Breuer trägt vor, dass für die Ausgabe des „Neuss-Passes“ voraussichtlich drei zusätzliche Vollzeitstellen in den Stellenplan der Stadt Neuss aufzunehmen sind, die Personalkosten in Höhe von ca. 200.000 € jährlich mit sich bringen werden. Darüber hinaus werden gegenüber der Stadt Neuss Ansprüche von städtischen Tochtergesellschaften geltend gemacht, die ebenfalls bei der Haushaltsplanveranschlagung zu berücksichtigen sind.

TOP 9 Stärkung der Kindertagespflege für Tagespflegepersonen und Eltern
JHA 71-2018 - 1

Beschluss
1. Den Vorschlägen I.-VI. der Verwaltung zur Förderung der Kindertagespflege wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung Kindertagespflege in Bezug auf die beschlossenen Maßnahmen zu verändern und zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Facharbeitsgruppe §§ 78, 80 SGBIII (Kindertagesbetreuung) und der IG Kindertagespflege Vertretungssysteme anderer Kom-

munen zu eruieren und gegebenenfalls ein alternatives Vertretungssystem für die Stadt Neuss zu entwickeln.

4. Die prognostizierten Mehrausgaben in Höhe von 400.000 € werden im Haushaltsplan veranschlagt und in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in 2019 eine Kostenkalkulation für die Lohnfortzahlungen vorgelegt.

Abstimmungsergebnis
1 Enthaltung (UWG Neuss / Davarci)

TOP 10 Absenkung der Elternbeiträge im Bereich Kindertagesbetreuung
FA 41-2018

Beschluss
A)
Der Rat der Stadt Neuss beschließt die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Neuss vom 14. Juni 2016 (in der Fassung der 7. Änderungssatzung vom 14. Dezember 2018) in der dem Original der Niederschrift beigefügten Fassung.

B)
Der Rat der Stadt Neuss beschließt die Satzung zur Regelung der Förderung der Kindertagespflege und Erhebung von Elternbeiträgen in der Stadt Neuss vom 27. Mai 2011 (in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 14. Dezember 2018) in der dem Original der Niederschrift beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis
8 Ja (6 SPD, 1 Die Linke, 1 fraktionslos)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla wird abgelehnt:
Beide Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen werden zum nächst möglichen Zeitpunkt aufgehoben.

Abstimmungsergebnis
1 Ja (Die Linke)

Der nachfolgende Antrag von Herrn Bodewig wird abgelehnt:
Bis zu einer Einkommensgrenze von 45.000 € werden keine Elternbeiträge erhoben.

Abstimmungsergebnis
10 Ja (6 SPD, 2 FDP, 1 Die Linke, 1 fraktionslos)

Der nachfolgende Antrag von Herrn Jansen wird abgelehnt:
Bis zu einer Einkommensgrenze von 35.000 € werden keine Elternbeiträge erhoben.

Abstimmungsergebnis
10 Ja (6 SPD, 2 FDP, 1 Die Linke, 1 fraktionslos)

Zur Vervollständigung lässt Herr Dr. Geerlings über die derzeit bestehenden Satzungen abstimmen:
Die derzeit gültigen Satzungen zur Erhebung von Elternbeiträgen bleiben bestehen.

Abstimmungsergebnis
1 Nein (Die Linke)

Diskussion:
Herr Kaumanns spricht sich dafür aus, die Beitragsfreiheit zunächst zurückzustellen. Er führt aus, dass die Priorität der CDU-Fraktion darin liegt, die erhobenen Beiträge für mehr Betreuungsplätze und eine bessere Qualität in der Betreuung einzusetzen.
Herr Jansen sieht hingegen in der Beitragsfreiheit eine gute Unterstützung für Familien. Als Kompromiss zur sofortigen Abschaffung der Beiträge schlägt er vor, zunächst basierend auf der im Jahr 2016 beschlossenen Beitragstabelle die Einkommensgrenzen für die Beitragsfreiheit auf 35.000 € oder 45.000 € anzuheben. Gleichwohl stellt er klar, dass die SPD-Fraktion für die nächsten Jahre weiterhin das Ziel der Beitragsfreiheit für alle verfolgen wird.
Herr Bodewig folgt den Ausführungen von Herrn Jansen und schlägt vor, in einem ersten Schritt die Einkommensgrenze für die Beitragsfreiheit auf 45.000 € anzuheben.
Für Herrn Klinkicht wäre die Beitragsfreiheit zwar wünschenswert, aber angesichts der aktuellen Haushaltssituation schlecht zu realisieren, weil als einzige Refinanzierungsmöglichkeit eine Erhöhung der Grund- oder Gewerbesteuer in Betracht zu ziehen wäre.
Herr Kranefuss hält eine Absenkung der Elternbeiträge und die unterbreiteten Kompromissvorschläge angesichts des nicht ausgeglichenen städtischen Haushalts für nicht sinnvoll und finanzierbar. Seine Fraktion würde dem Vorschlag zustimmen, wenn der städtische Haushalt wieder schwarze Zahlen schreiben würde.
Auf Nachfrage von Herrn Klinkicht führt Herr Hörsken aus, dass eine Anhebung der Beitragsgrenze auf 35.000 € jährliche Mindererträge in Höhe von ca. 112.000 € nach sich ziehen würde. Würde die Tagespflege miteinberechnet werden, lägen die Mindererträge bei ca. 120.000 € pro Jahr. Von der Anhebung der Beitragsgrenze profitierten ca. 910 Kinder. Bei einer Anhebung der Beitragsgrenze auf 45.000 € wären ca. 1.210 Kinder begünstigt.

TOP 11 Parken in Neuss - Konzepte für die Attraktivitätssteigerung der Parkhäuser und zur Überwachung des ruhenden Verkehres
APS 128-2018

Beschluss
Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung des Finanzausschuss genommen, da er zunächst noch einmal im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung beraten werden soll.

TOP 12 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2019
FA 33-2018

Beschluss
Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Veränderungsnachweisung enthaltenen und in der Sitzung beschlossenen Änderungen in den Haushaltsplan 2019 einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge, geführten Diskussionen und Erläuterungen werden im Folgenden geordnet nach Dezernaten dargestellt.

Dezernat 2 – Wirtschaftsförderung, Finanzen und Liegenschaften

Aufstellung zusätzlicher Fahrradabstellvorrichtungen
Über den nachfolgenden Antrag von Frau Arndt wird nicht abgestimmt:
Sowohl auf Schulgeländen wie auch im öffentlichen Straßenraum sollen zusätzliche Fahrradabstellvorrichtungen aufgestellt werden. Die Verwaltung soll diesbezüglich Vorschläge unterbreiten.

Diskussion
Frau Arndt möchte, dass zusätzliche Fahrradabstellvorrichtungen in der Innenstadt, im innenstadtnahen Umfeld und vor Schulen aufgestellt werden. Ihr ist jedoch nicht klar, wo die dafür vorzusehenden Mittel von 10.000 € zu etatisieren sind.
Herr Hölters erläutert, dass die Aufstellung auf den Schulgeländen in die Zuständigkeit des GMN fällt. Für die Aufstellung im öffentlichen Straßenraum ist hingegen das TMN verantwortlich.
Aus Sicht von Herrn Breuer mangelt es weniger an Mitteln für die Aufstellung von Fahrradabstellvorrichtungen. Vielmehr sollte eine Gesamtkonzeption erarbeitet werden, die systematisch mögliche Aufstellplätze unter den verschiedenen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel urbane Mobilität und Innenstadtstärkung, darstellt. Er verweist diesbezüglich auf die Beratungen im Arbeitskreis Rad und Fuß.

Dezernat 4 – Schule, Bildung und Kultur

Zuschüsse für Berufsfördermaßnahmen
Der nachfolgende Antrag von Frau Wellens wird angenommen:
1. Das Diakonische Werk der Ev. Kirchengemeinden Neuss e.V. erhält im Antragsjahr 2019/2020 einen Zuschuss von 46.746 €. Die hierfür fehlenden Mittel sind in den Haushalt einzustellen.
2 Der Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. bekommt im Antragsjahr 2019/2020 einen Zuschuss von 68.190 €. In den Haushalt sind die hierfür fehlenden Mittel einzustellen.
3 Dem Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V. wird für das Antragsjahr 2019/2020 eine Steigerung des Zuschusses im Vergleich zum Vorjahr um 7.029 € gewährt.

Abstimmungsergebnis
Nr. 1 und 2: einstimmig zugestimmt
Nr. 3: 3 Enthaltungen (2 FDP, 1 AfD)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die getrennte Abstimmung erfolgt auf Vorschlag von Herrn Dr. Geerlings.

Der nachfolgende Antrag von Frau Hohlmann wird abgelehnt:
Für den Zuschuss an das Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V. im Schuljahr 2019/2020 werden im Haushalt zusätzlich 35.118 € eingeplant.

Abstimmungsergebnis
8 Ja (6 SPD, 1 Die Linke, 1 fraktionslos)
3 Enthaltungen (2 FDP, 1 AfD)

Schulwegsicherungskonzept
Der nachfolgende Antrag von Frau Wellens wird angenommen:
Für die Erstellung eines Schulwegsicherungskonzeptes werden 10.000 € in den Haushaltsplan 2019 eingestellt.

Abstimmungsergebnis
7 Nein (6 SPD, 1 fraktionslos)
3 Enthaltungen (1 FDP, 1 Die Linke, 1 AfD)

Diskussion
Frau Hohlmann weist darauf hin, dass der Schulausschuss der Ansicht war, dass zunächst das Konzept vorgelegt werden soll, aus dem unter anderem die möglichen Kosten ersichtlich sind.

Förderung des Theaterprojektes „Aschenputtel“
Der nachfolgende Vorschlag von Herrn Gensler wird angenommen:
Aufgrund der geringen Summe wird der Zuschuss für das Theaterprojekt "Aschenputtel" des Memory Zentrums Neuss in Höhe 1.800 € aus dem bestehenden Kulturetat finanziert.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Über den nachfolgenden Antrag von Frau Holt und Frau Hohlmann wird nicht abgestimmt:
Für das Theaterprojekt "Aschenputtel" des Memory Zentrums Neuss werden 1.800 € in den Haushalt eingestellt.
Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen und erst freigegeben, wenn ein entsprechender Zuschussantrag gestellt wurde.

Frau Holt beantragt die Mittelbereitstellung.
Der Sperrvermerk wird von Frau Hohlmann ergänzt.

Dezernat 5 – Jugend, Integration und Soziales

Stadtteilkümmerer im Quartier
Der nachfolgende Antrag von Herrn Kaumanns wird angenommen:
Die gemäß der Tischvorlage aufzubringenden Eigenmittel für das Projekt werden in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis
1 Enthaltung (AfD)

Diskussion
Auf Nachfrage von Herrn Kaumanns erläutert Herr Hübner, dass es sich um ein niederschwelliges Angebot in den Stadtteilen Erfttal, Weckhoven, Barbaraviertel, Furth und Weißenberg handelt. Hierfür sind 5 Stellen vor Ort vorgesehen.

Bundesprogramm „ProKindertagespflege“
Diskussion
Herr Hörsken informiert darüber, dass die Stadt Neuss aufgrund eines Beschlusses des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2018 am Interessenbekundungsverfahren teilgenommen hat.
Sollte die Stadt den Zuschlag erhalten, so wären in der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.12.2018 und im Rat am 14.12.2018 die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
Auf Nachfrage von Herrn Janßen erläutert Herr Breuer, dass anfänglich jährliche Kosten von 37.500 € anfallen. Ab 2021 trägt die Stadt dann alleine die Kosten in Höhe von jährlich 187.500 €. Diese Kosten müssen bei einer entsprechenden Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses noch in den Haushalt aufgenommen werden.

Dezernat 6 – Planung, Bau und Verkehr

Innenstadtstärkungsprogramm
Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla wird abgelehnt:
Die für das Innenstadtstärkungsprogramm im Haushalt vorgesehenen Mittel werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis
1 Ja (Die Linke)
1 Enthaltung (AfD)

Dezernat 7 – Umwelt, Klima und Sport

Herr Janßen übernimmt den Vorsitz für Herrn Dr. Geerlings in der Zeit von 15:37 Uhr – 15:38 Uhr.

Grünflächenkataster
Über den nachfolgenden Antrag von Frau Schäfer wird nicht abgestimmt:
Die in 2020 für die Erstellung des Grünflächenkatasters im Haushalt etatisierten Mittel werden nach 2019 vorgezogen.

Diskussion
Herr Dr. Welpmann schlägt einen anderen Weg vor. Er möchte die nicht verbrauchten Mittel aus 2018 nach 2019 vortragen und weist in diesem Zusammenhang auf die erst kürzlich besetzte Stelle hin.
Herr Breuer ergänzt, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt personelle Maßnahmen im Bereich der Grünpflege umgesetzt werden und nicht auf die Vorlage eines Grünflächenkatasters gewartet wird.
Frau Schäfer ist besorgt über den aufgezeigten Zeitrahmen zur Erstellung des Grünflächenkatasters. Sie fragt sich, ob man sich wirklich drei Jahre Zeit lassen kann, um eine Arbeitsgrundlage für die Grünpflege zu erstellen oder ob ein Vorziehen der Mittel diesen Prozess beschleunigen kann.
Herr Dr. Welpmann stellt klar, dass der Prozess zur Erstellung eines Grünflächenkatasters durch ein Vorziehen von Mitteln nicht wesentlich beschleunigt werden kann. Er hält einen Zeitrahmen von zwei Jahren nach Arbeitsbeginn des zuständigen Mitarbeiters für die Erstellung für realistisch.
Herr Breuer betont abschließend, dass auch ohne das Vorhandensein eines Grünflächenkatasters die Grünanlagen gepflegt werden.

Wasserpumpstation für Kinder im Jröne Meerke
Über den nachfolgenden Prüfantrag der SPD-Fraktion wird nicht abgestimmt. Er wird jedoch als Anregung für die Verwaltung ins Protokoll aufgenommen:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Installation einer Wasserpumpstation mit Holz-Aquädukt am Jröne Meerke zu prüfen und die Kosten dafür zu ermitteln. Die entsprechenden Kosten sollen dem Unterausschuss Kinder zur Beschlusslage vorgelegt werden. Auch sollen die Kosten für Wasserdüsen eruiert werden, die einen seichten Wasserfilm verspritzen und so an heißen Tagen Wassernebel erzeugen. Ziel soll sein, bis zum Sommer 2019 ein funktionsfähiges Wasserspiel zu montieren, das die vom Rhein-Kreis Neuss vorgegebenen Hygienestandards erfüllt.
Entsprechend sollen die im Jugendhilfeausschuss unter TOP 5, Ziffer 6 beschlossenen 40.000 Euro eingesetzt werden.

Diskussion
Herr Thiel begründet den Prüfauftrag seiner Fraktion damit, dass das Naherholungsgebiet Jröne Meerke nicht nur für die Neusser Nordstädter von hoher Bedeutung ist. Er erinnert daran, dass im vergangenen warmen Sommer aufgrund der Gänseproblematik das Kinderwasserspiel stillgelegt werden musste. Ein Gespräch mit dem zuständigen Dezernenten des Rhein-Kreis Neuss hat aber ergeben, dass eine Wasserpumpstation für Kinder auch trotz der Gänseproblematik betrieben werden kann. Die Voraussetzung ist, dass das Wasser nach dem Austreten aus der Quelle nicht steht. Dies würde durch das Aquädukt, das in einem Kiesbecken mündet, garantiert.
Herr Breuer gibt an, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um das Thema abzuarbeiten. Derzeit wird geprüft, ob mit einer solch simplen Maßnahme das Wasserspiel erhalten werden kann. Nach Abschluss der Prüfung wird die Verwaltung über das Ergebnis berichten.

Mittel für Baumpflanzungen
Der nachfolgende Antrag von Herrn Janßen wird abgelehnt:
Die in der Veränderungsnachweisung auf Seite V 38 eingestellten Mittel für Baumpflanzungen werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis
3 Ja (2 FDP, 1 AfD)
1 Enthaltung (UWG Neuss / Davarci)

Diskussion
Frau Arndt erläutert, dass mit diesen Mitteln Nachpflanzungen für gefällte Bäume erfolgen sollen. In den letzten Jahren wurden rund 2.000 Bäume gefällt, die noch nachgepflanzt werden sollen.

Sanierung des zweiten Hockeyspielfeldes im Jahnstadion
Der nachfolgende Antrag von Frau Schäfer wird angenommen:
Für die Sanierung des zweiten Hockeyspielfeldes im Jahnstadion werden 75.000 € aus dem schon vorhandenen Sportbudget zur Verfügung gestellt. Die fehlenden Mittel werden zusätzlich 2019 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion
Auf Nachfrage von Frau Schäfer erläutert Herr Zeiger, dass die Mittel aus dem investiven Titel „Sportstätteninfrastruktur“ nicht für Erneuerung der Beläge des zweiten Hockeyspielfeldes im Jahnstadion und des Allwetterplatzes in Holzheim eingesetzt werden können. Eine bloße Erneuerung des Belages ist eine konsumtive Maßnahme.
Herr Dr. Welpmann erklärt auf Anfrage von Frau Schäfer, dass die in Rede stehenden 75.000 € aus dem Unterhaltungstitel für Sportanlagen zur Verfügung gestellt werden können. Dafür müssen dann aber andere Maßnahmen zeitlich nach hinten geschoben werden.
Herr Dr. Geerlings schlägt vor, in einem der kommenden Sportausschüsse über die geänderte Prioritätensetzung zu berichten.

Zentrale Finanzwirtschaft

Internationaler Hansetag 2022 in Neuss
Diskussion
Frau Koenemann erkundigt sich danach, ob die Gelder für die Verlustabdeckung bei der Neuss Marketing GmbH & Co.KG auch anders eingesetzt werden können, wenn am 14.12.2018 ein geänderter Beschluss im Rat gefasst wird als vorgeschlagen.
Herr Gensler führt aus, dass die veranschlagten Mittel auch gegebenenfalls als Deckung einer über- oder außerplanmäßigen Aufwendung für den Internationalen Hansetag eingesetzt werden können, wenn ein anderes Konzept beschlossen wird.

TOP 13 Beratung der mittelfristigen Ergebnisplanung 2018 - 2022
FA 34-2018

Beschluss
Unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Fachausschussberatungen und den in der Sitzung gefassten Beschlüssen wird die mittelfristige Ergebnisplanung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis
2 Enthaltungen (1 Die Linke, 1 UWG Neuss / Davarci)

TOP 14 Beratung des Investitionsprogramms (investive Finanzplanung) 2018 - 2022
FA 35-2018

Beschluss
Das Investitionsprogramm (investive Finanzplanung) 2018 – 2022 wird unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Fachausschussberatungen und den in der Sitzung gefassten Beschlüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis
2 Enthaltungen (1 Die Linke, 1 UWG Neuss / Davarci)

TOP 15 Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2019
FA 36-2018

Beschluss
Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Realsteuern der Stadt Neuss wird in der dem Original der Niederschrift beifügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis
1 Enthaltung (UWG Neuss / Davarci)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 15 und 18 wurden gemeinsam beraten.

Diskussion
Siehe Tagesordnungspunkt 18

TOP 16 Erlass einer Haushaltssatzung für die Stadt Neuss
FA 37-2018

Beschluss
Unter Berücksichtigung der Fachausschussberatungen und den in der Sitzung gefassten Beschlüsse wird die Haushaltssatzung der Stadt Neuss für das Haushaltsjahr 2019 mit Anlagen in der dem Original der Niederschrift beigefügten Fassung beschlossen.

Aufgrund der Verabschiedung der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern der Stadt Neuss für das Haushaltsjahr 2019 haben die in § 6 der Haushaltssatzung genannten Steuersätze für die Gemeinde nur deklaratorische Bedeutung.

Abstimmungsergebnis
7 Enthaltungen (6 SPD, 1 fraktionslos)

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 16.1 Stundenkontingente der Schulsekretariate

Beschluss
Um das Stundenkontingent für die Schulsekretariate anheben zu können, werden ab 2019 100.000 € in den Haushalt 2019 eingestellt.
Die zusätzlichen 4.394 Stunden werden auf alle Neusser Grundschulen verteilt.

Abstimmungsergebnis
1 Enthaltung (UWG / Davarci)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla wird abgelehnt:
Die Verwaltung wird beauftragt, den Stundenbedarf aller Neusser Schulen im Bereich der Schulsekretariate zu ermitteln.
Im Haushaltsplan 2019 werden zur Deckung eines möglichen Mehrbedarfes 300.000 € eingestellt, die mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Abstimmungsergebnis
1 Ja (Die Linke)

Über den nachfolgenden Antrag von Frau Hohlmann wird nicht abgestimmt:
Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung des Sprecherrates der Neusser Grundschulen, die Aufgaben der Grundschulsekretariate abzuklären und ein Konzept zur Verstärkung und Optimierung des Einsatzes der Schulsekretärinnen zu erarbeiten mit dem Ziel, dreizügige Grundschulen in den Kernunterrichtszeiten zu besetzen und in einem zweiten Schritt zu prüfen, wie es umsetzbar ist, jede Grundschule ab zwei Zügen möglichst schultäglich zu besetzen.

Diskussion:
Frau Wellens führt aus, dass eine Aufstockung des Stundenkontingentes erforderlich ist, weil in den letzten Jahren der bürokratische Aufwand in den Schulen immer größer geworden ist.
Frau Hohlmann berichtet von den Ergebnissen der Abfrage bei den Neusser Schulen, die insbesondere in den Grundschulen eine Unterbesetzung in den Schulsekretariaten aufgezeigt hat.
Für Herrn Lachmann ergibt sich daraus der Auftrag an die Verwaltung, die Mehrkosten in Höhe von ca. 98.000 € in den Personaletat und ca. 4.300 Stunden in den Stellenplan aufzunehmen.
Herr Jansen hat aus den Stellungnahmen der Schulen den Eindruck gewonnen, dass auch Aufgaben von Landesseite her auf die Schulsekretariate verlagert werden wie zum Beispiel diverse statistische Erfassungen. Hierfür gibt es aber keine Refinanzierung seitens des Landes. Aber abgesehen davon sieht er auch das Erfordernis, die Schulsekretariate insbesondere in den Kernzeiten zu besetzen. Bei einer genaueren Aufgabenuntersuchung der Schulsekretariate sollte aber auch genauer darauf geschaut werden, welche Aufgaben städtisch sind und welche vom Land übertragen wurden.

TOP 17 Neu- und Erweiterungsbau Karl-Kreiner-Schule
hier: Planung und Kostenschätzung
SCH 61-2018

Beschluss
Der vorgelegten Machbarkeitsstudie für einen dreigeschossigen Erweiterungsbau einschließlich zeitlichem Umsetzungskonzept und Kostenrahmen, wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Basis die weiteren Planungsschritte vorzunehmen und eine Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 4, 17 und 23 werden gemeinsam beraten.

Diskussion
Siehe Tagesordnungspunkt 4

Anträge

TOP 18 Antrag der FDP-Fraktion von 31.07.2018
betr.: Steuerrückzahlungsversprechen halten - politische Glaubwürdigkeit pflegen
FA 18-2018

Beschluss
Auf Grund der aktuellen soliden und positiven Haushaltsentwicklung - auch für die nächsten Jahre- wird der gültige Hebesatz der Grundsteuer B von derzeit 495 Punkte um 40 Punkte gesenkt und wieder auf das Niveau von 2013 zurückgeführt. Dieser Beschluss soll als Basis in die kommende Haushaltsplanung 2019 einfließen. Damit wird das politische Versprechen der zeitlichen Limitierung eingelöst und eine Entlastung für viele Neusser Bürger umgesetzt.

Abstimmungsergebnis
4 Ja (2 FDP, 1 Die Linke, 1 AfD)

Anmerkung zur Beschussfassung
Die Tagesordnungspunkte 15 und 18 wurden gemeinsam beraten.

Diskussion
Herr Jansen begrüßt zwar grundsätzlich Steuersenkungen. Jedoch hat eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes um 40 Punkte für den einzelnen Bürger keinen wirklich nachhaltigen Effekt. Aus diesem Grund und vor dem Hintergrund der im kommenden Jahr bevorstehenden Reform der Grundsteuer spricht er sich im Namen seiner Fraktion gegen eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes aus.
Herr Klinkicht schließt sich den Ausführungen von Herrn Jansen an und verweist auf das aktuelle Haushaltsdefizit. Eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes und damit einhergehend eine weitere Erhöhung des Haushaltsdefizites hält er für nicht sinnvoll.
Herr Cziesla würde eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes begrüßen.
Auch Frau Koenemann spricht sich im Namen ihrer Fraktion angesichts der aktuellen Haushaltssituation gegen eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes aus.

TOP 19 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2018
betr.: Digitale Stadt Neuss - Aufbau einer Digitalisierungsstrategie in der Stadtverwaltung
FA 31-2018

Beschluss
1. Die Verwaltung wird auf der Grundlage der digitalen Agenda beauftragt, eine Digitalisierungsstrategie für die Stadt Neuss zu erarbeiten, die die Bedeutung der Stadt mehrt, die Lebensqualität der Bürger verbessert und langfristig ihre Entwicklungschancen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Handel, Energie und Umwelt sowie Mobilität und Infrastruktur sichert. Dabei auch die Frage nach mittelfristig möglichen Kostenreduktionen im Personalbereich durch Einführung von E-Government-Prozessen behandelt werden.
   Teilaspekte, wie:

- die Analyse der aktuellen Prozesse und die Schätzung des aktuellen und potenziell optimierten Aufwandes,
- die Erstellung einer Prioritätenliste für kurz, mittel- und langfristig zu digitalisierende Prozesse sowie deren jährliche Einsparprozesse,
- die Vorlage eines dazugehörigen Umsetzungsplans sowie
- die Prüfung von kommunalen Kooperationen

sollten in diesem Zusammenhang, soweit bezifferbar, besonderes Augenmerk bekommen.

2. Um die investiven und personellen Bemühungen der Stadt Neuss auf dem Weg zur Digitalen Stadt zu unterstreichen, wird die Stelle eines „Chief Digital Officers (CDO)" eingerichtet, die dem Bürgermeister direkt zugeordnet ist. Die/Der CDO soll die Digitalisierungsstrategie erarbeiten, deren spätere strategische Umsetzung und Weiterentwicklung sowie die mit der operationellen Umsetzung verbundene Koordination von E-Government- Projekten koordinieren und deren Einbindung in die bestehenden Strukturen im Innen- und Außenverhältnis sicherstellen. Damit ist auch die Bündelung, Neuordnung und Koordination vorhandener digitaler Ressourcen verbunden. Er vertritt die Stadt Neuss in IT-Themen und Fragen der Digitalisierung gegenüber den anderen kreisangehörigen Kommunen, dem Rhein-Kreis Neuss, der ITK-Rheinland und ihren Gremien sowie gegenüber anderen Kooperationspartnern und Töchtern. Er kann in Abstimmung mit dem zuständigen Dezernenten und Bürgermeister externe Unterstützung in Anspruch nehmen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, **für 2020** die Einrichtung eines „Ausschusses für Digitalisierung" unterhalb des Rates vorzubereiten um den o.g. gesamten, zukunftsweisenden Prozess maßgeblich mitzugestalten und vollumfänglich zu begleiten. Der CDO berichtet direkt an den Ausschuss über den Fortgang der digitalen Transformation.

Abstimmungsergebnis
Zu Nr. 1: 1 Enthaltung (UWG Neuss / Davarci)
Zu Nr. 2: 1 Nein (AfD), 1 Enthaltung (UWG Neuss / Davarci)
Zu Nr. 3: einstimmig

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die fett gedruckte Änderung des Ursprungsantrages erfolgt auf Vorschlag von Herrn Kaumanns. Die Einzelabstimmung über die einzelnen Ziffern des Antrages geht auf einen Antrag von Herrn Kranefuss zurück.

Diskussion
Herr Kaumanns stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion zu. Hinsichtlich der Einrichtung eines Ausschusses für Digitalisierung verweist er aber auf die bereits bestehende Zukunftskommission Digitale Agenda und die Auswirkungen, wenn innerhalb einer Wahlperiode ein neuer Ausschuss gebildet wird. Vielmehr schlägt er vor, dieses Thema nach der Kommunalwahl im Jahr 2020 noch einmal aufzugreifen.
Herr Kranefuss bestätigt die Notwendigkeit des FDP-Antrages. Er sieht jedoch die Ansiedlung des Digital-Officers nicht bei der Stadt Neuss, sondern beim Land NRW. Von dort aus muss er zentral die Digitalisierung in NRW steuern.
Herr Lachmann führt aus, dass mit der Einrichtung der Stelle eines „Chief Digital Officers (CDO)“ eine Änderung des Stellenplanes verbunden ist. Die Stelle ist mindestens im Bereich A15/E15 anzusiedeln. Hinsichtlich der Digitalisierungsstrategie der Kernverwaltung berichtet er, dass diese kontinuierlich vorangetrieben wird und verweist in diesem Zusammenhang auf den eingerichteten Online-Zugang für die Neusser Bürgerinnen und Bürger zum Bürgerbüro, der von der Bevölkerung

bereits sehr gut angenommen wird und auf das im kommenden Jahr startende Bürgerserviceportal. Er sagt zu, dass die Verwaltung im kommenden Jahr im Hauptausschuss über den Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung berichten wird.

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 20 Bericht zur aktuellen Haushaltslage
FA 10-2018

Der mündliche Bericht wird von den Mitgliedern des Finanzausschusses zur Kenntnis genommen.

TOP 21 Überarbeitung der Abfallentsorgungssatzung und -gebührenordnung
FA 42-2018

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Diskussion:
Auf Nachfrage von Herrn Cziesla erläutert Herr Stadtkämmerer Gensler, dass für den Gebührenzahler keine Nachteile entstehen, weil das Kommunalabgabenrecht vorschreibt, eventuell entstehende Über- und Unterdeckungen in den Folgejahren zu verrechnen. Dadurch ist sichergestellt, dass die Gebührensenkung des Rhein-Kreises den Gebührenzahler in den kommenden Rechnungsperioden erreichen wird.

TOP 22 Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen
FA 40-2018

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Diskussion
Herr Janßen bittet um eine erneute und aktualisierte Berichterstattung in der kommenden Finanzausschusssitzung.
Auf Wunsch von Frau Arndt soll eine Einschätzung zu Protokoll gegeben werden, wie viele Anlagen insgesamt möglich wären.

Stellungnahme der Verwaltung
Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch keine Angabe zu der Anzahl der neu zu schaffenden PV-Anlagen gemacht werden. Im nächsten Finanzausschuss wird über die bis dahin erzielten Erkenntnisse berichtet.

TOP 23 Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 06.11.2018 betr.:
Festbau als Ersatz für Containeranlage sowie auf bauliche Erweiterung der Pestalozzischule Neuss-Grimlinghausen
FA 44-2018

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 4, 17 und 23 wurden gemeinsam beraten.

Diskussion
Siehe Tagesordnungspunkt 4

TOP 24 Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 6.11.2018 betr.:
Überprüfung der Bausubstanz und des Erweiterungsbedarf aller Neusser Grundschulen
FA 45-2018

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Ausschussvorsitzender	**stellv. Ausschussvorsitzender (15:37 Uhr – 15:38 Uhr)**
Dr. Jörg Geerlings	Cornelius Janßen

Ausschussmitglied	**stellv. Ausschussmitglied (15:37 Uhr – 15:38 Uhr)**
Cornelius Janßen	Dieter Zander

Schriftführerin	**Schriftführer**
Sandra Reipen	Rainer Lante